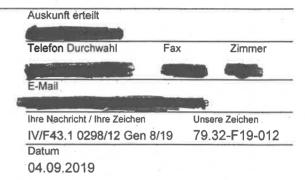


Stadtverwaltung (Amt 79), 60275 Frankfurt am Main

Regierungspräsidium Darmstadt Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt Dez. IV/F 43.3 Gutleutstraße 114 60327 Frankfurt am Main



Ihr Schreiben vom 08.08.2019, Az.: IV/F43.1 0298/12 Gen 8/19 Genehmigungsverfahren nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in Verbindung mit § 8 BImSchG

Antragsteller/Sitz:

Infraserv GmbH & Co. Höchst KG,IPH, 65926 Frankfurt am Main60386

Frankfurt am Main

Anlage:

Heizkraftwerk D 580

Vorhaben:

Gasturbinenneubau E 536

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen das beantragte Vorhaben bestehen keine Bedenken, die Unterlagen sind aus unserer Sicht vollständig. Gegen den vorzeitigen Beginn (nach § 8 BlmSchG) erheben wir ebenfalls keine Einwände.

Bei der vorläufigen Beurteilung des Gesamtvorhabens liegen aus unserer Sicht keine von vornherein unüberwindlichen Hindernisse auf die Genehmigungsvoraussetzungen nach § 6 BlmSchG vor

Die wasserrechtliche Beurteilung von Maßnahmen auf einem sogenannten Werksgelände fällt in die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt (§ 1 Nr.27 Abs. 2 der Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden). Im Sinne des § 10 Abs. 5 BlmSchG wird daher keine Stellungnahme seitens der Unteren Wasser- und Bodenschutzbehörde Frankfurt am Main abgegeben.

Nach Abschluss des Verfahrens wird um Übersendung einer Kopie des Genehmigungsbescheides gebeten. Die Zusendung eines genehmigten Antragsexemplars ist <u>nicht</u> erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen Im Auftrag

